

# Stellungnahme



## Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Entwurf eines Siebten Besoldungsänderungsgesetzes

### Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern

16.06.2015

Der DGB bedankt sich für die Übermittlung des o. g. Gesetzentwurfs und die eingeräumte Möglichkeit, zu diesem Stellung nehmen zu können.

Als begrüßenswert erachtet der DGB die Regelung der Besoldung während des Erholungsurlaubs im Falle eines Wechsels von Voll- zur Teilzeit im laufenden Kalenderjahr sowie die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die truppenärztliche Versorgung der SoldatInnen. Zudem wird die Änderung des § 28 BBesG unseres Erachtens zu einer besseren Lesbarkeit dieses Paragraphen beitragen und damit zu mehr Rechtssicherheit beitragen. Abzulehnen hingegen ist die geplante Streichung der Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes und die Regelung des Familienzuschlages für ein bei beiden Elternteilen wohnendes Kind.

Der DGB nimmt zu einzelnen Vorschriften wie folgt Stellung:

#### **Bundesbesoldungsgesetz**

##### Zu § 6 Abs. 1 – Besoldung bei Teilzeitbeschäftigung

Die während eines Erholungsurlaubs zu zahlenden Bezüge, sollen – soweit der Urlaubsanspruch in Höhe des unionsrechtlich gewährleisteten Mindesturlaubsanspruchs während einer Vollzeitbeschäftigung erworben wurde und aus den in § 5a Absatz 1 der Erholungsurlaubsverordnung genannten Gründen während dieser Zeit nicht erfüllt werden konnte – nicht anteilig gekürzt werden.

Die geplante Ergänzung zu § 5a Absatz 1 EUrlV ist die logische Konsequenz aus der ergangen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und zu begrüßen. Der DGB regt darüber hinaus an, die Regelung auch auf den Schwerbehindertenzusatzurlaub im Sinne des § 125 SGB IX zu erstrecken.

##### Zu § 28 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 – Berücksichtigungsfähige Zeiten

Erfahrungszeiten nach Satz 1 sollen Zeiten der tatsächlichen Pflege von nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen nahen Angehörigen (Eltern, Schwiegereltern, Ehegatten Geschwistern oder Kindern) von bis zu drei Jahren für jeden nahen Angehörigen (Pflegezeiten) gleich stehen.

Im Zuge der Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes sollte § 17a BBesG gestrichen und die Gleichsetzung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe unmittelbar in den entsprechenden Normen umgesetzt werden. Demnach wäre § 28 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 um LebenspartnerInnen zu ergänzen. Auf diese Weise würde der Gesetzgeber signalisiert, dass es sich bei einer Lebenspartnerschaft

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bundesvorstand  
Abt. Öffentlicher Dienst und  
Beamtenpolitik

Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin

[oeb@dgb.de](mailto:oeb@dgb.de)  
[www.dgb.de/beamte](http://www.dgb.de/beamte)

nicht um einen außergewöhnlichen Sachverhalt sondern vielmehr eine der Normalität entsprechende Lebensform handelt.

#### Zu § 40 Absatz 1 – Familienzuschlag

Hat ein Kind bei getrennt lebenden Eltern in den Wohnungen beider Elternteile Aufnahme gefunden, soll der Betrag der Stufe 1 des für den Beamten, Richter oder Soldaten maßgebenden Familienzuschlages nach der Zahl der Berechtigten anteilig gewährt werden.

Der kinderbezogene Bestandteil des Familienzuschlags ist dazu bestimmt, den von Kindern verursachten Mehrbedarf einschließlich der Mehraufwendungen für Unterkunft und Heizung zu decken. So sieht es das Bundesverwaltungsgericht. Lebt das Kind ausschließlich in einem Haushalt, fallen diese Kosten nur einmal an. Demzufolge ist die Halbierungsregelung des § 40 Abs. 1 S. 3 BBesG, wenn denn beide Elternteile besoldungsberechtigt sind, nachvollziehbar. Anders hingegen ist die Sachlage, wenn das Kind bei beiden – voneinander getrennt lebenden – Elternteilen wohnhaft ist. Denn dann fällt bei jedem Zuschlagsberechtigten ein Mehrbedarf für die Wohnungsaufnahme an. So muss beispielsweise die Miete für die erforderliche Dreiraumwohnung auch in der Zeit in voller Höhe entrichtet werden, in der sich das Kind bei dem anderen Elternteil befindet. Diese Ansicht kann auch mit dem Verweis auf verheiratete BeamtInnen mit doppelten Wohnsitz nicht entkräftet werden. Zum einen dürfte dies weitaus weniger vorkommen, zum anderen kann in solchen Fällen die finanzielle Mehrbelastung aufgrund weiterer finanzieller Begünstigungen ausgeglichen werden. Aus diesem Grund ist die geplante Gleichstellung beider Sachverhalte nicht sachgerecht. Der DGB erwartet eine Überarbeitung der Regelung.

#### Zu § 46 – Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes

Künftig soll ein Beamter oder ein Soldat, der die Aufgaben eines höherwertigen Amtes vorübergehend vertretungsweise übertragen bekommen hat, nach 18 Monaten der ununterbrochenen Wahrnehmung dieser Aufgaben bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen keine Zulage mehr erhalten.

Der DGB lehnt die Streichung der Norm ab. Bislang konnte der Bund in dieser Hinsicht als vorbildlicher Dienstherr bezeichnet werden. Während ein Großteil der Landesgesetzgeber ihre 2006 wiedergewonnene Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet des Besoldungsrechts nutzte und die Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes erst gar nicht in ihren Besoldungsgesetzen verankerte, beließ es der Bundesgesetzgeber bislang bei der 1997 eingeführten Regelung. Sie wurde mit dem Ziel erlassen, den BeamtInnen einen Anreiz zu bieten, einen höherwertigen Dienstposten vertretungsweise zu übernehmen, ohne dass dies zu Mehrkosten bei den öffentlich-rechtlichen Dienstherrn führt. Zudem wurde die Zulage als Maßnahme zur Stärkung des Wettbewerbs- und Effizienzbewusstseins der öffentlichen Verwaltung angesehen und sollte den leistungsorientierten Personaleinsatz verbessern sowie die Mobilität erhöhen. Das Bundesverwaltungsgericht führte dies ergänzend aus, dass die Vorschrift den Zweck verfolge, das dauerhafte Unterbleiben einer nicht bewertungsgerechten Besetzung eines Dienstpostens zu verhindern. Angesichts derartiger Gründe ist es umso erstaunlicher, dass der Gesetzgeber den § 46 BBesG nun streichen möchte, ohne dafür überzeugende Argumente vorzutragen. Der Verweis auf den durch die Rechtsprechung verursachten administrativen Mehraufwand und die niedrigen Fallzahlen kann diesbezüglich nicht überzeugen. Schließlich ist die geringe Anzahl der im Sinne des § 46 BBesG Zulageberechtigten insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Anspruchsvoraussetzungen der Norm nur eine restriktive Handhabung ermöglichen. Es liegt demnach nicht daran, dass nur wenige BeamtInnen eine höherwertige Tätigkeit wahrnehmen, sondern vielmehr an den übrigen – den Kreis der Berechtigten stark begrenzenden – Tatbestandsvoraussetzungen einschließlich der 18monatigen Wartefrist. Statt diese

auf sechs Monate zu verkürzen, möchte der Gesetzgeber, ohne auf den Hintergrund der Norm einzugehen, § 46 BBesG aus rein fiskalischen Gründen streichen. Es wäre wünschenswert, wenn er sich dazu dann zumindest auch bekennen würde. Zumal die angekündigte Streichung die Bereitschaft der BeamtInnen, vertretungsweise Aufgaben eines höherwertigen Amtes zu übernehmen, nicht befördern wird. Der DGB spricht sich dafür aus, die freiwillige Übernahme von mehr Verantwortung und den damit erbrachten Nachweis von Flexibilität auch weiterhin zu honorieren.

#### Zu § 69 Abs. 1 – Dienstkleidung und Unterkunft für Soldaten

Nicht den Laufbahnen der Offiziere angehörende Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, die auf mindestens acht Jahre verpflichtet sind und noch mindestens vier Jahre im Dienst verbleiben, erhalten auf Antrag einen Zuschuss für die Beschaffung der Ausgehuniform; nach Ablauf von fünf Jahren kann der Zuschuss erneut gewährt werden.

Den mit dem Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes der Bundeswehr normierten Satz 5 hat der DGB in seiner damaligen Stellungnahme begrüßt. Darüber hinaus sehen wir jedoch noch immer den Bedarf, die festgelegten Wartefristen von vier und fünf Jahren zu reduzieren. So erscheint es angebracht, dass ein derartiger Zuschuss auch bereits ab einem Verbleib von mindestens noch drei Jahren auf Antrag gezahlt wird. Ebenso sollte eine erneute Gewährung bereits nach Ablauf von vier Jahren möglich sein. Durch eine solche Änderung würden auch Unteroffiziere an diesem Punkt Verbesserungen erfahren.

### **Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz**

#### Zu Vorbemerkung Nr. 6

Eine Stellenzulage nach Anlage IX erhalten derzeit SoldatInnen und BeamtInnen in Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnung A, wenn sie u. a. verwendet werden als Flugtechniker in der Bundespolizei oder als sonstige ständige Luftfahrzeugbesatzungsangehörige in der Bundeswehr.

Der DGB ist weiterhin der Auffassung, dass auch WärmebildsystemoperatorInnen Anspruchsberechtigte im Sinne der Vorbemerkung Nr. 6 sein müssen. Diese sind ausdrücklich aus dem Anwendungsbereich der Fliegerzulage ausgenommen, da ständige Luftfahrzeugbesatzungsangehörige seit Mitte 2013 nur noch dann anspruchsberechtigt sein sollen, wenn sie der Bundeswehr angehören. Dies ist nicht nachvollziehbar, da sich die Belastungen, der die WärmebildsystemoperatorInnen ausgesetzt sind, nicht von denen der in Nr. 6 Genannten unterscheiden.